

**II-14530 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

FERDINAND LACINA  
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

GZ. 11 0502/176-Pr.2/94

1010 WIEN, DEN 20. Juli 1994  
HIMMELPFORTGASSE 8  
TELEFON (0222) 51 433

6598 /AB

1994-07-20

zu 6725 /J

An den  
Herrn Präsidenten  
des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Harald Fischl und Genossen vom 26. Mai 1994, Nr. 6725/J, betreffend Ausgabe von KFZ-Kennzeichen durch Versicherungsanstalten, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Zu 1. bis 10.:

Die einzelnen Fragen betreffen hauptsächlich die innere Organisationsstruktur des Bundesministeriums für Inneres bzw. die Funktion der Versicherungsunternehmen bei einer allfälligen Übertragung der Agenden An- und Ummeldung von Kraftfahrzeugen. Eine derartige Kompetenzübertragung ist im Kraftfahrzeuggesetz zu regeln, das in den Aufgabenbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr fällt.

Ich ersuche um Verständnis dafür, daß ich mangels Zuständigkeit die Anfrage nicht beantworten kann.

Beilage



Aus oben angeführten Gründen richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende

### Anfrage

### BEILAGE

1. Wieviele Beamte sind österreichweit mit der Verwaltung und der Ausgabe von KFZ-Kennzeichen betraut?  
Welche (Personal-) Kosten verursachen diese Beamten insgesamt?
2. Welche Einsparungen sind Ihrer Ansicht nach im Bereich der durch die Verwaltung und die Ausgabe von KFZ-Kennzeichen entstehenden Beamten-Personalkosten durch Umsetzung welcher Maßnahmen maximal möglich?  
Wieviele der mit der Vergabe von KFZ-Kennzeichen betrauten Beamtendienststellen könnten eingespart werden, wenn die Vergabe von den Versicherungsunternehmen durchgeführt würde?  
  
Welche anderen Möglichkeiten zur Entbürokratisierung bei der Ausgabe von KFZ-Kennzeichen sehen Sie?
3. Welche Verringerung der Kosten könnte bei der An/Ummeldung eines KFZ für den einzelnen KFZ-Halter voraussichtlich erreicht werden, wenn die Vergabe der Kennzeichen künftig durch die Versicherungen erfolgte?
4. Wissen Sie um die Bereitschaft der Versicherungsanstalten, die Ausgabe von KFZ-Kennzeichen zu übernehmen?
5. Haben Sie mit Vertretern der Versicherungswirtschaft Gespräche geführt, um die Rahmenbedingungen für eine etwaige Ausgabe der KFZ-Kennzeichen durch die Versicherer zu klären?  
Ist die Versicherungswirtschaft in dieser Sache schon an Sie herangetreten?
6. Wo sehen Sie im Falle einer Ausgabe der KFZ-Kennzeichen durch die Versicherer Probleme? Wo sehen Sie Vorteile?
7. Welche Vorteile ergäben sich durch eine Gesetzesänderung der oben erwähnten Form für die Versicherer? Wäre eine Lösung, die, wie oben angedeutet, sowohl dem Versicherungsnehmer als auch den Versicherungsunternehmen Vorteile brächte und gleichzeitig eine Reduktion des aufgeblähten Verwaltungsapparates bewirken könnte, nicht im Interesse aller gelegen?
8. Ist Ihnen bekannt, ob die KFZ-Versicherer zur Abgeltung des durch die Ausgabe der KFZ-Kennzeichen zusätzlich entstehenden Arbeitsaufwandes finanzielle Forderungen an den Bund richten wollen?  
Wenn ja, in welcher Höhe bewegen sich diese Forderungen?
9. Bis wann wäre eine Änderung der Form der Ausgabe von KFZ-Kennzeichen Ihrer Ansicht nach umsetzbar?
10. Wären Sie bereit, diesbezügliche Anträge zur Änderung der Gesetzeslage zu unterstützen?